

Änderungsantrag:	1 zu R 1
Antragsteller:	DJV-Landesverband Thüringen
Betr.:	Resolution des Deutschen Journalisten-Verbandes zur Situation der Medien („Essener Erklärung“)
Beschluss:	Annahme

Der DJV-Verbandstag 2010 möge beschließen:

„Unabhängiger Journalismus findet keinen Nährboden, wenn diejenigen, die ihn ausüben sollen, unter prekären Einkommensverhältnissen leben müssen.“ (Aidan White, Generalsekretär der IFJ).

Freie Informationen für die Bürger sind Eckpfeiler unserer repräsentativen Demokratie. Sie setzen einen Journalismus voraus, der offen, kritisch, unabhängig und plural ist. Die Mechanismen des Marktes können dies allein nicht garantieren. Das gilt umso mehr, als die Medien heute unter dem Einfluss von Globalisierung und technischen Innovationen einem rasanten Wandel unterworfen sind. Dieser schafft neue Chancen, in gleichem Maße aber auch Bedrohungen für die gesellschaftspolitischen Aufgaben der Medien.

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) appelliert daher an den jeweiligen Gesetzgeber, Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene zu schaffen, die sicherstellen, dass die Ausübung der Pressefreiheit nicht länger von den Ausschlägen der Konjunktur, noch von den Renditevorgaben der Unternehmen abhängt.

1. Medienpolitik

Die Neuorganisationen von Redaktionen und titelübergreifende Kooperationen führen zur Ausdünnung des publizistischen Gesamtangebots und unterscheiden sich deshalb nicht von Zeitungsfusionen in der Vergangenheit. Journalistische Leistungen werden möglichst oft genutzt, um Kosten zu sparen. Die Konsequenz daraus ist ein Vielfaltsverlust. Der hohe Konzentrationsgrad der Medien in Deutschland und die mangelnde Bereitschaft der Konzerne, die redaktionelle Vielfalt im eigenen Haus zu erhalten, erfordern Maßnahmen der Politik zur Wiederbelebung der Vielfalt.

2. Nein zur Erosion des geistigen Eigentums

Der DJV fordert den zuständigen Gesetzgeber auf, dafür zu sorgen, dass die wirtschaftliche Übermacht der Verwerterseite nicht länger die Ausübung der Urheberrechte erschwert oder unmöglich macht. Das Urheberrecht muss die Kreativen und nicht die Vermarkter schützen. Gerade auch in digitalen Netzen muss gelten, dass jede Nutzung eine angemessene Vergütung voraussetzt. Die Schranken des Urheberrechtes dürfen nicht weiter zu Gunsten von Anbietern wie Google und Co. verschoben werden.

3. Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleisten

Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten tragen eine besondere Verantwortung dafür, dass die Bürger über die politischen Entscheidungen und Gestaltungsprozesse unterrichtet werden. Sie müssen auch künftig an allen publizistisch relevanten Entwicklungen, insbesondere vor dem Hintergrund der technischen Konvergenz von Radio, Fernsehen und Internet, zeitnah und unmittelbar teilhaben können. Das darf durch die europäische Gesetzgebung und eine Neugestaltung der Medienabgabe nicht in Frage gestellt werden. Gebührenfinanzierter Rundfunk steht für einen professionellen Journalismus, der sorgfältige Recherche, Seriosität, unabhängige Standpunkte und Fairness beinhaltet. Qualität bedeutet, Vielfalt und Bandbreite gesellschaftlicher Wertvorstellungen sowie Interessenlagen im Für und Wider in allen Programmgenres und zugeschnitten auf die zur Verfügung stehenden Verbreitungs- und Verteilplattformen widerzuspiegeln.

4. Soziale Netzwerke können Journalismus nicht ersetzen

Der DJV steht der Entwicklung einer Vielzahl von neuen digitalen Medienformen positiv gegenüber. Soziale Netzwerke und Blogs schaffen neue Formen der Öffentlichkeit und neue Möglichkeiten der Meinungsäußerungen. Sie können aber professionellen Journalismus nicht ersetzen.